Interfraktioneller Antrag öffentlich	Datum 11.05.2023	Nummer A0102/23
Absender **Fraktion GRÜNE/future!, CDU-Ratsfraktion, SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE**		
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Prof. Dr. Alexander Pott		

Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	25.05.2023

Kurztitel
Resolution zur Sicherung der Schulsozialarbeit

Der Stadtrat beschließt folgende Resolution:

Schulsozialarbeit ist ein Angebot der Jugendhilfe am Ort Schule. Sie ist ein wichtiges Unterstützungs-, Präventions- und Bildungsangebot für Kinder und Jugendliche, Eltern und Lehrkräfte. Junge Menschen werden in ihrer persönlichen, sozialen, schulischen und beruflichen Entwicklung gefördert.

Mit großer Sorge hat der Stadtrat die Pläne des Landes zur Kenntnis genommen, die Kommunen ab dem Schuljahr 2024/25 mit einem Eigenanteil von 20% für die ESF-geförderten Stellen der Schulsozialarbeit in die Pflicht zu nehmen. Es besteht darüber hinaus die Gefahr einer 40%igen Kofinanzierungspflicht durch die Kommunen, wenn im zu novellierenden AG KJHG keine Aussagen zur Schulsozialarbeit getroffen werden. Dies würde zu einer deutlichen Reduzierung der Stellen für Schulsozialarbeit führen und damit in der Folge eine Zunahme der vielfältigen Problemlagen an den Schulen befördern.

Das wollen und werden wir nicht hinnehmen! Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg fordert daher das Land auf, die dringend benötigte Schulsozialarbeit langfristig so zu fördern, dass den Kommunen keine Kosten entstehen. Bis dahin muss die Schulsozialarbeit, die allein von der Landeshauptstadt Magdeburg finanziert wird, als Eigenanteil der Stadt anerkannt werden. Zur Finanzierung der Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt ist unverzüglich ein Landesprogramm aufzulegen. Dieses muss zum Ziel haben, Schulsozialarbeit dauerhaft und kontinuierlich an jeder Schule vorzuhalten.

Darüber hinaus fordern wir die Anerkennung der von der Landeshauptstadt Magdeburg erarbeiteten Prioritätensetzung hinsichtlich des Bedarfs an Schulsozialarbeit an den einzelnen Schulen durch das Land Sachsen-Anhalt. Erfolge der Schulsozialarbeit an Schulen dürfen nicht weiter dazu führen, dass Schulsozialarbeit nicht fortgeführt werden kann.

Eine Verstetigung der Schulsozialarbeit bedeutet, Verlässlichkeit und Kontinuität für die Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten. Damit einhergehend müssen planbare und langfristige Rahmenbedingungen geschaffen werden – sowohl für unsere Kinder und Jugendlichen, aber auch für die Schulsozialarbeiter:innen und die Lehrkräfte.

Daher fordern wir das Land auf, dafür Sorge zu tragen, dass Schulsozialarbeit an allen Schulformen und Schulen, in ausreichender Anzahl dauerhaft etabliert und institutionalisiert sowie durch das Land Sachsen-Anhalt vollumfänglich finanziert wird.

René Hempel
Fraktionsvorsitzender
Fraktion DIE LINKE

Dennis Jannack
kinder-, jugend- und bildungspolitischer Sprecher
Fraktion DIE LINKE

Kathrin Natho
Fraktionsvorsitzende
Fraktion GRÜNE/future!

Olaf Meister
Fraktionsvorsitzender
Fraktion GRÜNE/future!

Wigbert Schwenke
Fraktionsvorsitzender
CDU-Ratsfraktion

Kornelia Keune
Fraktionsvorsitzende
SPD-Stadtratsfraktion

Dr. Thomas Wiebe
Fraktionsvorsitzender
SPD-Stadtratsfraktion